

TOUR DE FRANCE

Von Ansgar Burghof

Emmanuel Macron, der neue französische Präsident, setzte zu Beginn seiner Siegesparty in Paris ein unüberhörbares europäisches Zeichen: Noch vor der Marseillaise erklang an der Seine die Europahymne „Freude, schöner Götterfunken ...“. In Brüssel und Berlin ist man erleichtert – der antieuropäische Kelch ist an uns vorübergegangen.

Die Aussagen Macrons aus dem Wahlkampf klingen noch im Ohr: Er macht sich für einen europäischen Finanzminister stark, will ein eigenes Parlament für die Eurozone, plädiert für einen europäischen Finanzausgleich. Und er spricht sich gegen Spardiktate gegenüber strukturschwachen Ländern aus. Auch die Eurobonds tauchen bei ihm auf. Macron will also mehr Europa wagen. Das tut Europa gut.

Jetzt steht Emmanuel Macron vor dem Praxistest. Er muss seine Bewegung „En marche“ zu einer schlagkräftigen Partei formen. Sonst ist er ein Präsident ohne verlässliche Mehrheiten im Parlament. Für Macron ist dies noch ein langer Weg, an dessen Ende auch weniger Europa stehen kann.

In seiner Berliner Rede hat der französische Präsident – dem ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog folgend – von einem Ruck gesprochen, der jetzt durch Europa gehen müsse. Ein erster Schritt ist getan; nun gilt es, mit langem Atem Europa neu zu denken. Dies ist die Hoffnung vieler, die Macron gewählt haben – auch als Gegenentwurf zu Marine Le Pens Abschottungskurs. Jetzt gilt es, Kurs zu halten. Denn dies hat die Wahl in Frankreich gezeigt: Zu Europa gibt es keine vernünftige Alternative. Ein langer Weg beginnt mit einem ersten Schritt. En marche.

„VON FAIRNESS KANN KEINE REDE SEIN“

WELTENBÜRGER sprach mit PD Dr. habil. Gülistan Gürbey, Privatdozentin am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, über das Verfassungsreferendum in der Türkei.



Frage: Verabschiedet sich die Türkei mit dem Ja zum Verfassungsreferendum von der Demokratie? Wie bewerten Sie die Folgen des Referendums für die Türkei?

Gürbey: Mit dem Ja zum Verfassungsreferendum verabschiedet sich die Türkei von ihrer defekten Demokratie hin zu einem autokratischen Präsidialsystem. Der autoritäre Staats- und Regierungskurs unter Staatspräsident Erdoğan läuft schon seit längerer Zeit. Mit diesem Verfassungsreferendum wird diese De-facto-Situation verfassungsrechtlich untermauert. Der Präsident erlangt das Machtmonopol im Staate, während die Gewaltenteilung insbesondere durch die Schwächung der parlamentarischen Kontrolle und der Unabhängigkeit der Judikative quasi aufgehoben ist. Der Erstarkung der Position des Präsidenten sind keine maßgeblichen Gegengewichte im System eingebaut, sodass Machtmissbrauch erleichtert ist.

Spätestens seit der brutalen Niederschlagung der regierungskritischen Gezi-Proteste

im Frühsommer 2013 ist jener Entwicklungsprozess zu beobachten: ein autoritär-autokratischer Staats- und Regierungskurs unter Erdoğan geprägt von Hyper-Nationalismus, Erosion der Demokratie, Eskalation der Gewalt und einer nationalistisch-religiösen, aggressiven Rhetorik. Zwei weitere Faktoren – der Krieg gegen die Kurden im Juli 2015 und der gescheiterte Militärputsch vom Juni 2016 – haben diesen autoritären Kurs signifikant beschleunigt.

Frage: Wie wird Recep Tayyip Erdoğan die Türkei umbauen?

Gürbey: Staatspräsident Erdoğan und seine Regierung perpetuieren die autoritäre Staatstradition vor allem zur Konsolidierung und Erweiterung der Macht. Dabei spielt das Primat eines rigiden türkischen Nationalismus eine entscheidende Rolle. Es ist ein ideologisches Kernelement der AKP und zugleich der gemeinsame ideologische Nenner der AKP mit den Kemalisten und (Ultra-)Nationalisten. Genau darin liegt die Kontinuität eines Schlüsselements des politischen Systems der kemalistischen Republik, die auch für Erdoğans „Neue Türkei“ unabdingbar ist: die Errichtung eines starken, omnipotenten Staates und seiner Dominanz über die Gesellschaft. Ferner kommen zum Hyper-Nationalismus zwei weitere ideologische Kernelemente der AKP hinzu – sunnitischer Islam und Neo-Osmanismus. Die Rückbesinnung auf die imperiale osmanisch-islamische Vergangenheit forciert das Bestreben nach absoluter hegemonialer Macht sowohl nach innen als auch nach außen. Die ideologische Einbettung der „Neuen Türkei“ und die Maßnahmen der Regierung laufen auf einen autoritären, omnipotenten Staat hinaus,

... weiter von Seite 1

der türkisch/nationalistisch-sunnitisch/islamisch-neo-osmanisch geprägt ist und als Präsidialsystem die zentrale Machtposition von Erdoğan als Staatspräsident sichert.

Frage: Was macht Erdoğan bzw. das Präsidialsystem für die Wähler attraktiv? Sehnt sich die Türkei nach einer starken Führung, nach einem starken Mann an der Spitze?

Gürbey: Ein starker Präsident Erdoğan steht für eine starke Türkei, der als Garant für Stabilität, Sicherheit und Wohlstand angesehen wird. Diese Sichtweise teilen weite gesellschaftliche Schichten, allen voran religiös-islamische, nationalistische, konservative. In Zeiten der gestiegenen Unsicherheiten durch Terroranschläge im Innern und im regionalen Umfeld durch den Krieg in Syrien stößt diese Überzeugung auf besonderes Interesse, was wiederum vom Präsidenten und der Regierung gezielt instrumentalisiert wird, um sich als Garant für mehr Sicherheit zu positionieren.

Frage: Auf der Rangliste der Pressefreiheit von „Reporter ohne Grenzen“ liegt die Türkei auf Platz 151 von 180 Staaten. Gibt es Kritik an der mangelnden Pressefreiheit innerhalb der Türkei?

Gürbey: Kritik an der mangelnden Pres-

ssefreiheit gibt es natürlich in der Türkei. Allerdings sind die Möglichkeiten für kritische Berichterstattung kaum noch vorhanden, weil die Medien längst gleichgeschaltet sind und die Monopolisierung der Macht durch Kontrolle und Personalisierung (Staatspräsident Erdoğan und seiner AKP-Regierung) weit vorangeschritten ist. Damit kann die Regierung über die regierungsnahen Medien gezielte Informations- und Desinformationspolitik betreiben, um öffentliche Unterstützung für ihre Ziele zu generieren.

Frage: Existiert in der Türkei noch eine namhafte Opposition?

Gürbey: Die größte Oppositionspartei ist die traditionelle, kemalistische CHP, die jedoch keine echten politischen Alternativen bieten kann, weil sie selbst noch kemalistisch-ideologisch geleitet ist. Sie steht für einen strengen Laizismus, aber eben auch für einen starken Staat. Diese autoritäre Staatstradition strebt im Kern einen omnipotenten und unangreifbaren Staat an, der den Bürger in seinem Dienste sieht. Die ultranationalistische MHP geht Hand in Hand mit der Regierungspartei AKP. Gemeinsam haben sie den Verfassungsentwurf für ein Präsidialsystem ausgearbeitet. So bleibt nur

noch mit der kurdischen HDP die einzige demokratiepolitisch wichtige Oppositionspartei, die die Omnipotenz des Staates infrage stellt und die ideologischen Grundlagen des Staates zugunsten von liberal-demokratischen Grundwerten ablehnt. Allerdings ist die HDP inzwischen mundtot gemacht, ihre Führungsriege ist verhaftet, ihre Demontage auf lokaler Ebene läuft auf Hochtouren, sodass die HDP heute kaum noch handlungsfähig ist.

Frage: Lief die Wahl zum Referendum fair ab?

Gürbey: Nein, die Wahl zum Verfassungsreferendum lief nicht fair, weil die Bedingungen für alle Beteiligten nicht gleich waren. Die Wahl lief unter den Bedingungen des Ausnahmezustandes, wo die Grundfreiheiten ohnehin eingeschränkt werden. Mehrere Abgeordnete der kurdischen HDP sind inhaftiert. Die Regierung hat Zugriff auf die Medien, sodass die Berichterstattung in ihrem Sinne läuft. Nicht zuletzt haben auch die Wahlbeobachter der OSZE inzwischen bestätigt, dass sich die Unterstützer der „Nein“-Kampagne mit Kampagnen-Verboten, Polizeieingriffen und gewalttätigen Handgemengen konfrontiert sehen. Also von Fairness kann wohl keine Rede sein.

CHRISTIAN MIHR – EIN ENGAGIERTER STREITER FÜR DIE FREIHEIT DER PRESSE

Pressefreiheit muss immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden“. Mit dieser Aussage beschreibt Christian Mihr, Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation (NGO) „Reporter ohne Grenzen“ (ROG), nicht nur sein eigenes, sondern auch das Credo seines Arbeitgebers. ROG engagiert sich weltweit für Pressefreiheit und gegen Zensur. Wie wichtig der Einsatz für freie Presseorgane auch in der heutigen Zeit und selbst in etablierten Demokratien ist, machen aus Sicht Mihrs und seiner Organisation aktuell die rhetorischen Attacken von US-Präsident Donald Trump auf die Medien überdeutlich. „Im Grunde bestätigt das nur unsere alte Beobachtung, dass unabhängige Medien immer zu den ersten Zielscheiben von Herrschern mit autoritären Neigungen gehören, weil sie deren Alleinvertretungsanspruch auf die Wahrheit infrage stellen“, erklärt der Menschenrechtsaktivist.

Traurige Belege für diese Feststellung liefern „Reporter ohne Grenzen“ derzeit immer wieder die Zustände in der Türkei: Das Land steht inzwischen auf der ROG-Rangliste der Pressefreiheit auf Platz 151 von 180 Ländern. Derzeit sind dort rund 150 Journalisten im Gefängnis, wie die Organisa-



Foto: rog

tion berichtet. Mindestens 49 befinden sich demnach in direktem Zusammenhang mit ihrer journalistischen Tätigkeit in Haft.

Mihr war vor seiner Tätigkeit bei dieser NGO mehrere Jahre journalistisch in Deutschland und Ecuador sowie in der journalistischen Weiterbildung für eine deutsche Stiftung in Südrussland aktiv. Die Solidarität mit bedrohten Journalistenkollegen sei ihm aufgrund seiner mehrjährigen Auslandsaufenthalte als Journalist sowie als Dozent in Lateinamerika und Osteuropa sehr wichtig geworden, so Mihr. Gleichzeitig wurde es ihm dadurch zu einem zentralen Anliegen, unabhängigen Journalismus auch in Deutschland und Europa immer wieder aufs Neue zu verteidigen – wie im Fall des Türkei-Korrespondenten der „Welt“, Deniz Yücel.

DIE RÖMISCHEN VERTRÄGE – GRUNDSTEIN DER HEUTIGEN EU

Das Datum ihrer Unterzeichnung wird als die Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft gefeiert: Am 25. März 1957 wurden in Rom im repräsentativen Saal der Horatier und Curiatier im Konservatorenpalast die sogenannten Römischen Verträge abgeschlossen. Mit ihnen sollten die Weichen für die Einheit Europas gestellt werden. Tatsächlich ist aus der damaligen Sechser-Gemeinschaft unterdessen auch eine Union von derzeit noch 28 Mitgliedstaaten erwachsen. Doch zu ihrem 60. Geburtstag scheint die „ältere Dame“ EU für viele an Attraktivität eingebüßt zu haben: Sie wird von ihren Kritikern als außer Form geratene, herrschsüchtige und kleinkarierte „Xanthippe“ wahrgenommen, die mehr fordert als sie zu geben bereit ist.

Im Jahr 1957 hingegen, als hochrangige Vertreter der Regierungen Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande, Luxemburgs und der jungen Bundesrepublik Deutschland in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG, Euratom) unterschrieben, war die Stimmung noch eine völlig andere. Die Schrecken des Zweiten Weltkriegs waren damals noch höchst präsent und die verantwortlichen Politiker sehr bemüht, die vorherigen Kriegsgegner, insbesondere die sogenannten Erzfeinde Frankreich und Deutschland, unter einem europäischen Dach zu vereinen. Dies sollte der gemeinsamen wirtschaftlichen Prosperität ebenso dienen wie dem nachhaltigen Erhalt des Friedens in Europa.

Mit den Römischen Verträgen unternahmen die sechs Unterzeichnerstaaten im März 1957 – nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS bzw. Montanunion) im Jahr 1951 – den nächsten wichtigen Schritt auf dem Weg zur europäischen

Integration. Das Vertragspaket zielte speziell darauf ab,

- eine Zollunion mit einem gemeinsamen Außenzoll zu errichten,
- interne Handelshemmnisse ab- und einen gemeinsamen Markt aufzubauen,
- Bewegungsfreiheit für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital sicherzustellen sowie die
- Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu intensivieren.



Bildquelle: „Vertrag“: bpb, Plakat: evce.eu

Die Bedeutung der Römischen Verträge, die inzwischen als „Gründungsdocumente“ der heutigen Europäischen Union (EU) gewürdigt werden, wird insbesondere für Deutschland deutlich, wenn man sich den Zeitpunkt vergegenwärtigt: Die Kapitulation des Nazi-Regimes lag erst zwölf Jahre zurück, die Gründung der Bundesrepublik nur acht Jahre. Mit dem römischen Vertragswerk wurde Deutschland damals zu einem gleichwertigen Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft.

Nicht vergessen werden sollte auch, dass dem Abkommen über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft 1954 der fehlgeschlagene Versuch vorausgegangen war, eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zu etablieren. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an dem ablehnenden Votum der französischen

Nationalversammlung. Das hätte die Bestrebungen nach einer fortschreitenden europäischen Integration empfindlich einbremsen können, wenn deren Befürworter nach dem Scheitern der EVG nicht zu dem Schluss gekommen wären, dass eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit das passende Fundament für ein gemeinsames europäisches Haus darstellen könnte. Die Devise: Frieden sichern durch Wohlstandsvorteile für alle. Daraus folgte der Gedanke der Zollunion

und der Errichtung eines gemeinsamen Marktes.

Der EAG-Vertrag wurde in den 1950er Jahren als notwendige Ergänzung zu dem EWG-Abkommen erachtet, weil zu jener Zeit die Atomenergie noch als eine wichtige Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung der Industriestaaten galt. Der am 25. März 1957 in Rom

unterzeichnete Vertrag zur Gründung der EWG und der Vertrag für die Euratom traten am 1. Januar 1958 in Kraft.

Die Römischen Verträge legten vor sechzig Jahren den Grundstein für Europa in seiner heutigen Form, stellten EU-Offizielle anlässlich des Jahrestages der Unterzeichnung fest. Sie feierten das Datum als Auftakt zur längsten Friedensperiode in der europäischen Geschichte. Tatsächlich wurde mit den Römischen Verträgen ein gemeinsamer Markt geschaffen, in dem Menschen, Waren, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren können. Damit bildeten die Verträge eine wichtige Voraussetzung für Frieden, Wohlstand und Stabilität innerhalb der EU.



Ein Kommentar von Vera I. Kohn

28. EUROPÄISCHE SOMMERAKADEMIE STARTET IM SEPTEMBER

Jean-Claude Juncker, Javier Solana und Martin Bartoszewski sind nur einige der führenden Europäer, die die Sommerakademie des Gustav-Stresemann-Instituts e.V. bisher förderten. Im September kommen erneut junge Erwachsene aus ganz Europa im GSI zusammen, um sich in europäischen Themen weiterzubilden und mit Gleichgesinnten auszutauschen.

Auch in der 28. Ausgabe hat das GSI ein Programm mit Seminaren, Diskussionen und Besuchen wichtiger Institutionen in Bonn, Luxemburg und Brüssel erarbeitet. Vom 8. bis zum 17. September kommen die Teilnehmenden an verschiedenen Orten mit Experten zusammen, um europäische Themen zu bearbeiten. Auf der Agenda stehen unter anderem die Phi-



Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Sommerakademie 2016

losophien der verschiedenen Abkommen, Europas Rolle in der Wirtschaft, die Rolle der EU als Krisenmediator. Verschiedene Simulationen sollen die Teilnehmer auf zukünftige Diskussionen und Situationen vorbereiten. Besuche von EU-Institutionen wie dem Europäischen Gerichtshof oder der Europäischen Kommission gewähren Einblicke in die Abläufe von EU-Institution. Berichte von Partizipierenden der vergangenen Sommerakademie geben einen Einblick, wie das Erlernete danach umgesetzt werden kann.

Für eine Teilnahme bewerben kann man sich über die Website der Sommerakademie: www.gsi-summerschool.info. Dort stehen auch Ansprechpartner für weitere Fragen bereit.



Teilnehmerinnen der Sommerakademie 2016

IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Gustav-Stresemann-Institut e.V.

V.i.S.d.P.: Dr. Ansgar Burghof

Tel: +49 (0) 228 / 8107- 0

E-Mail: weltenbuerger@gsi-bonn.de

www.gsi-bonn.de

Langer Grabenweg 68,
53175 Bonn - Bad Godesberg, Germany

SEMINAR DES GSI ZUM WAHLJAHR 2017

Das GSI bietet vom 17. bis 21. Juli in Berlin das Seminar „Das Wahljahr 2017 – Eine Herausforderung für die Demokratie?!“ an. Auf dem Programm stehen Workshops mit Experten und Besuche von Institutionen wie dem Bundesinnenministerium und dem ARD-Hauptstadtstudio. Das Seminar ist als Bildungsurlaub anerkannt. Weitere Informationen, das vollständige Programm und der Link zur Anmeldung finden sich auf der Homepage des GSI: www.gsi-bonn.de.

GSi BILDET 2017 ERNEUT AUS



Foto: Christoph Papsch

Ein angenehmes Betriebsklima, erfahrene Kolleginnen und Kollegen sowie abwechslungsreiche Tätigkeiten mit internationalen Einflüssen – dies alles bietet das GSI seinen Auszubildenden zur Hotelfachfrau bzw. zum Hotelfachmann. Auch dieses Jahr stellt das GSI wieder Azubis ein, derzeit läuft die Bewerbungsfrist.

Zukünftige Auszubildende sollten mindestens 18 Jahre alt sein, die Schule abgeschlossen haben und englische Sprachkenntnisse haben, französische Sprachkenntnisse sind erwünscht. Einstellungstermin für bis zu drei junge Menschen ist jährlich der 1. August. Interessierte finden im Bereich „Karriere“ unter www.gsi-bonn.de weitere Informationen und Ansprechpartner für die Ausbildung im GSI.